

Vortrag an den Ministerrat

betreffend den informellen ECOFIN-Rat am 5. und 6. April in Bukarest

Die Themen der informellen Tagung betrafen vor allem die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des ECOFIN-Rates in der nächsten Legislaturperiode, die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion sowie die Implikationen von Arbeitsmarktmobilität auf die öffentlichen Finanzen. Außerdem wurden die Terms of References für die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds sowie der G-20 in Washington angenommen.

In der Euro-Gruppe haben die Vorsitzenden des SSM, Andrea Enria, sowie des SRB, Elke König, über aktuelle Entwicklungen in ihren Arbeitsbereichen berichtet. Zudem standen die aktuellen Entwicklungen in Griechenland sowie (ebenfalls im Hinblick auf die Vorbereitung der Frühjahrstagung von IWF/G-20) die aktuellen Wechselkurs- und Inflationsentwicklungen auf der Tagesordnung.

Die Euro-Gruppe im inklusiven Format befasste sich vor allem mit Governancefragen in Zusammenhang mit dem geplanten Budgetinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus wurde über den aktuellen Diskussions-/Verhandlungsstand in der Hochrangigen Arbeitsgruppe für die Errichtung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) berichtet.

Bankenunion – Tätigkeitsberichte des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) sowie des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB)

Unter diesem TOP haben der Vorsitzende des SSM, Andrea Enria, und die Vorsitzende des SRB, Elke König, über die laufenden Aktivitäten und Herausforderungen informiert. Der SSM-Vorsitzende hat vor allem über die Fortschritte bei der Reduktion von Risiken im Bankensektor, der Bekämpfung von Geldwäsche sowie die Vorbereitungen auf den Brexit berichtet. Die SRB-Vorsitzende informierte u.a. darüber, dass die Ausarbeitung der Abwicklungspläne mittlerweile vorangeschritten sei und auch erhebliche Verbesserungen beim MREL-Aufbau erzielt werden konnten.

Aktuelle Inflations- und Wechselkursentwicklungen

In Vorbereitung auf die Frühjahrstagung des IWF sowie der G-20 wurden wie üblich die aktuellen Inflations- und Wechselkursentwicklungen debattiert. Der Euro liegt derzeit unter seinem langfristigen Durchschnitt von 1,21 Dollar/ Euro, mit nur geringen Schwankungen in den vergangenen Monaten. Bei der Inflation ist weiterhin keine Annäherung an das 2-Prozent Ziel erkennbar; in diesem Zusammenhang wurde u.a. darüber debattiert, in wie weit sich die Lage am Arbeitsmarkt, die zunehmende Digitalisierung sowie Steigerungen in der Produktivität in der Inflationsdynamik niederschlagen.

Aktuelle Entwicklungen in Griechenland

Im Juni 2018 wurden Griechenland weitere Schuldenerleichterungen, darunter die Auszahlung der Notenbankgewinne aus griechischen Staatsanleihen (Stichwort: SMP/ANFA) zugesagt, und diese mit der Umsetzung weiterer Reformen bis Ende 2018 verknüpft. Ende Februar hat die EK den Bericht über die zweite Post-Programm Prüfmision vorgelegt, und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Griechenland bei wichtigen Maßnahmen, darunter insbesondere im Finanzsektor (Stichwort: Schutz von Hauptwohnsitzen im Rahmen von Privatinsolvenzen) nach wie vor säumig sei. Am 4. April hat die EK schließlich ein Update vorgelegt, wonach Griechenland nunmehr alle Maßnahmen getroffen hat, um die bis Ende 2018 festgelegten Reformverpflichtungen zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund hat die Euro-Gruppe die grundsätzliche Zustimmung zur Freigabe der Schuldenerleichterungen gegeben und EWG bzw. EFSF mit der entsprechenden Formalisierung der Beschlüsse beauftragt. Zuletzt war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Griechenlands wieder deutlich positiv: Das reale Wachstum lag im vergangenen Jahr bei 2%; für heuer und nächstes Jahr erwartet die EK Wachstumsraten von 2,2% bzw. 2,3%. Gemäß dem im Dezember angenommenen Budget strebt Griechenland (in Einklang mit den Vereinbarungen vom Juni 2018) auch heuer einen Primärüberschuss in Höhe von 3,5% des BIP an.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

In der Euro-Gruppe (im inklusiven Format) stand das geplante Budgetinstrument zur Stärkung der Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Diskussion. Außerdem gab der Vorsitzende der hochrangigen Arbeitsgruppe zur Errichtung einer Europäischen Einlagesicherung (EDIS) einen Überblick über den aktuellen Verhandlungsstand.

Nachdem im Zusammenhang mit dem geplanten Budgetinstrument bei der Tagung im März vor allem die Ausgabenseite erörtert wurde, standen diesmal Governance-Fragen im Vordergrund. Gemäß der Erklärung des Euro-Gipfels vom Dezember letzten Jahres soll das Budgetinstrument im mehrjährigen Finanzrahmen enthalten sein; Kriterien und strategische Merkmale des Instruments sollen von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets festgelegt werden. Von zahlreichen Mitgliedstaaten, darunter auch von Österreich wurde auch die Notwendigkeit einfacher und transparenter Prozesse betont.

Für das nächste Treffen im Mai ist eine Debatte über die Finanzierungseite geplant. Für den Euro-Gipfel im Juni soll dann ein Bericht über die Ausgestaltung und Durchführungsmodalitäten für das geplante Instrument vorgelegt werden.

Prioritäten für die nächste Legislaturperiode

Bei der ersten Arbeitssitzung der Finanzminister/innen zusammen mit den Gouverneuren der Notenbanken und den Europäischen Sozialpartnern wurden, u.a. auf Basis einer Analyse von BRUEGEL, zunächst die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen für die nächste Legislaturperiode diskutiert. Als wesentliche Themen wurden dabei (erwartungsgemäß) die Vollendung der Bankenunion und die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion sowie die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordination genannt. Einige Mitgliedstaaten haben sich auch für einen stärkeren Fokus auf Steuerthemen ausgesprochen. Ebenfalls wurde mehrfach betont, dass mehr Augenmerk auf Strukturreformen und Investitionen, insbesondere im Umwelt- und F&E Bereich gelegt werden müsse. In einigen Wortmeldungen wurden zudem die Modernisierung der Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie die Auswirkungen eines sich verändernden geldpolitischen Umfelds als wichtige Themen hervorgehoben. BRUEGEL hat in seiner Präsentation vor allem Nachhaltigkeitsaspekte sowie wirtschaftliche Konvergenz in den Vordergrund gestellt.

Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion

Unter diesem TOP wurden einerseits die bisher erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der im EK-Aktionsplan vorgesehenen legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen hervorgehoben, durch die die Integration der Finanzmärkte gestärkt, Finanzierungsquellen diversifiziert und die Kapitalbeschaffung für die Realwirtschaft erleichtert werden konnte. Andererseits wurde in praktisch allen Wortmeldungen auch die Notwendigkeit einer weiteren Vertiefung der Kapitalmarktunion betont, um die risikoreduzierende Rolle integrierter Kapitalmärkte besser zu nutzen und das Finanzsystem widerstandsfähiger zu machen. Ebenso wurde mehrfach auf künftige Heraus-

forderungen im Hinblick auf das Potential von Innovationen in Zusammenhang mit der Digitalisierung hingewiesen sowie ein stärkerer Fokus auf nachhaltigen und klimafreundliche Finanzierungen gefordert.

Arbeitsmarktmobilität und die Rolle von Steuern in der EU

Anlässlich der zweiten Arbeitssitzung haben sich die Finanzminister/innen insbesondere mit den Auswirkungen von Arbeitsmarktmobilität auf die öffentlichen Finanzen befasst. Grundlage dafür bildete im Wesentlichen ein Paper des Centre for European Policy Studies (CEPS), das u.a. aufzeigt, dass eine anhaltende und hohe Emigration (v.a. von hochqualifizierten Arbeitskräften) negative Effekte auf die Wirtschaft und öffentlichen Finanzen des Herkunftsstaates haben kann. Hauptauslöser für Migration sind laut CEPS fehlende Berufsaussichten und strukturelle Unterschiede in der Lebensqualität. Der Meinungsaustausch hat gezeigt, dass die Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten nicht in Frage gestellt werden darf und langfristig positive Effekte hat, wiewohl durch den „Brain Drain“ für einzelne Mitgliedstaaten auch Probleme entstehen. Von einigen Mitgliedstaaten, darunter Österreich, wurde darauf hingewiesen, dass auch Empfängerstaaten mit Herausforderungen im Zusammenhang mit starker Zuwanderung konfrontiert sind, etwa am Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und am Wohnungsmarkt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29. April 2019

Hartwig Löger
Bundesminister